



Das WZB in den Medien Nr. 161/2020

4. Dezember 2020

Printmedien

„Zeiten der Abschottung“

Marcel Helbig zitiert in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 4. Dezember 2020

„850 Kilometer mehr Asphalt“

Andreas Knie zitiert in: taz, 4. Dezember 2020

„Frauen kümmern sich mehr“

Jutta Allmendinger zitiert in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 4. Dezember 2020

„Gesplante Nationalkonservative“

Michael Zürn zitiert in: Emdener Zeitung, 3. Dezember 2020

„Der neue Glaube an die Wissenschaft“

Wolfgang Merkel zitiert in: Rheinische Post Düsseldorf, 3. Dezember 2020

Online Medien

„Ära Merkel endet in sozialdemokratischer Dominanz“

Theres Matthieß zitiert in: Welt.de, 3. Dezember 2020

[„Macron hat Recht, der Islam befindet sich in der Krise“](#)

Beitrag von Ruud Koopmans in: rotary.de, 1. Dezember 2020

Hörfunk/Fernsehen

[„Die Situation ist schlimmer geworden als vor Corona“](#)

Interview mit Jutta Allmendinger in: SR 3, 3. Dezember 2020

Seite: 13
Ressort: Feuilleton
Seitentitel: Feuilleton
Ausgabe: Hauptausgabe

Mediengattung: Tageszeitung
Nummer: 283
Auflage: 203.585 (gedruckt)¹ 199.899 (verkauft)¹
 208.438 (verbreitet)¹
Reichweite: 0,963 (in Mio.)²

¹ IVW 3/2020² AGMA ma 2020 Tageszeitungen

Zeiten der Abschottung

Die Corona-Pandemie schärft unseren Blick aufs Wohnen. Noch verschanzt sich zwar, wer kann, in seinen eigenen vier Wänden. Doch in Zukunft täte weniger Hygge ganz gut.

Wohl kaum eine Zeitschrift inszeniert Wohnen so konsequent als begehbaren Hygge-Traum aus Platz, Licht und gigantischen Sofamöbeln, in denen man sofort versinken möchte, während ein paar Meter weiter das Holz im Kamin knistert, wie "Schöner Wohnen". In vielen der abgebildeten Räume könnte man ohne weiteres eine Runde Rollschuh laufen, meterhohe Weihnachtstannen aufstellen und eine Corona-Quarantäne geschmeidig aussitzen. In der aktuellen Ausgabe öffnet zum Beispiel eine Familie aus Düsseldorf ihre zahlreichen Türen. Sie ließ ein Mehrfamilienhaus für 360 000 Euro in ein sehr schickes Einfamilienhaus mit 360 Quadratmetern Wohnfläche umbauen und präsentiert, weil jedes Detail zählt, nebst Schlafzimmer auch einen Bettüberwurf aus Marokko.

Nun darf man weder von "Europas größtem Wohnmagazin" noch ähnlichen Publikationen erwarten, dass sie die Lebensrealität der meisten Deutschen abbilden, in deren Heim eine freistehende Badewanne nicht einmal durch die Badezimmertür passen würde - geschweige denn ins Badezimmer selbst. Jene Gutverdiener, für die Wohnen ein Statussymbol ist, inklusive Eames Chair und Trophy Kitchen, sollen schlicht noch mehr Lust auf neue Möbel bekommen. Gleichzeitig geht es darum, (unrealistische) Wohnträume zu wecken, die Normallebende im besten Fall dazu animieren, sich ihr Heim großzügig phantasieren und mit Einrichtungsgegenständen derart vollzustellen, dass sie sich ständig stoßen.

Fragt man Christine Hannemann nach "Schöner Wohnen", lacht die Inhaberin der deutschlandweit einzigen Professur für Architektur- und Wohnsoziologie an der Universität Stuttgart herzhafte. Die Zeitschrift sei im Grunde ein Möbelver-

kaufsheft, eine gehobene Form des Ikea-Katalogs. Als Wohnleitbild stelle sie nach wie vor hauptsächlich die abgeschlossene Wohnung für die Kernfamilie dar. Hannemann beschäftigt sich schon seit den neunziger Jahren mit dem Wandel des Wohnens und fragt, warum Menschen wohnen, wie sie wohnen, und welche Auswirkungen dies auf die Gesellschaft und deren Zusammenhalt hat. Früher wurde ihr Forschungsgebiet müde belächelt, heute ist Christine Hannemanns Expertise angesichts der Wohnungsknappheit in den Ballungszentren, einer Pluralisierung der Lebensstile, zusätzlich befeuert durch Globalisierung, Migration und nun Corona (F.A.Z. vom 21. November), gefragt denn je.

Wie also wohnen wir? Hierzulande, sagt Hannemann, sei leider die vorherrschende Philosophie nach wie vor "My home is my castle". "Wir verbinden Wohnen mit einer sehr spezifischen Form von Privatheit, die stark ideologisch gefärbt ist und auf dem christlichen Grundtenor fußt, dass die Kernfamilie - Vater, Mutter, zwei Kinder - die kleinste Zelle der Gesellschaft ist. Aber viele Menschen wollen heute gar nicht mehr so leben, vor allem nicht in der Stadt. Dafür fehlt es an gebauten alternativen Wohnformen, die nicht auf dem klassischen Flurgrundriss - Wohnzimmer, Schlafzimmer, Kinderzimmer, Küche, Bad, Flur - basieren."

Und selbst, wer exakt in dieser Konstellation in zentraler Lage leben möchte, steht vor einem erheblichen Problem: Denn bekanntlich muss man sehr viel Geld verdienen, um sich die absurd teuren Mieten in den Top-Städten, wo die Wohnungssuchenden längst für Bruchbuden Schlange stehen, überhaupt leisten zu können. Die Corona-Pandemie verschärft die Situation zusätzlich.

Wer Platz im Überfluss hat, mag die

gefühlte Verbannung in die eigenen vier Wände lediglich als ärgerlich empfinden, während sie für all jene, denen die Decke auf den Kopf zu fallen droht und die sich im Falle einer Covid-19-Infektion nicht isolieren können, eine Katastrophe ist. Zum Stress, den Enge ohnehin auslöst, gesellt sich die Angst vor Ansteckung. Wissenschaftler sprechen von "kontaminationsfördernden" Lebensumständen. Das französische Institut für Gesundheitswesen und medizinische Forschung, Inserm, nennt in einer Studie als Grenzwert achtzehn Quadratmeter pro Person.

Eine Faustregel besagt, dass die monatliche Miete nicht höher als dreißig Prozent des Nettoeinkommens betragen sollte. Für Geringverdiener in Städten wie München oder Frankfurt ist diese Zahl völlig utopisch. Vielmehr können sie heilfroh sein, wenn nicht mehr als die Hälfte ihres Verdienstes in die Miete fließt. Mietendeckel wie in Berlin sind zwar ein wichtiges Signal, aber allerhöchstens ein Tropfen auf den heißen Stein. "Die Wohnungsmisere hat ihren Ursprung in den neunziger Jahren", sagt Hannemann. "Die Großprivatisierungswelle hat der sozialen Wohnungspolitik in Deutschland das Genick gebrochen." Aus Innenstädten seien begehbare Immobilieninvestments geworden. Die Soziologin spricht von einer Konsumdemokratie: "Wenn die Menschen ständig Sorgen wegen der hohen Wohnkosten haben, dann droht ein Vertrauensbruch." Die Enttäuschung über den demokratischen Staat sei groß. Von der Politik, von der herrschenden Klasse werde dann nichts mehr erwartet. "Es ist erwiesen, dass sich Menschen in prekären Lebenssituationen weniger an Wahlen und Bürgerinitiativen beteiligen."

Der tägliche Existenzkampf zehrt, und er raubt die Zeit für Gemeinschaft, auch

unter Nachbarn. Dabei könnte, ja sollte gerade in einer globalisierten Welt, deren Bewohner ihre Lebensräume häufig wechseln und umziehen, das Wohnen ein entscheidender Integrationsbeschleuniger sein. So sieht es jedenfalls Christine Hannemann, deren aktuelles, gemeinsam mit Karin Hauser herausgegebenes Buch den Titel trägt: "Zusammenhalt braucht Räume". Doch die Begegnungsräume und Begegnungsmöglichkeiten werden hierzulande immer knapper und seltener, die Wohnviertel homogener. Der Soziologe **Marcel Helbig** stellte vor zwei Jahren in einer großen Studie zur Segregation in deutschen Großstädten fest, dass sich die soziale Spaltung hierzulande dramatisch verschärft. Arme und reiche Menschen, Junge und Alte, Alteingesessene und Zugewanderte leben immer selte-

ner Tür an Tür. Stattdessen richtet man sich in seiner sozialen Filterblase ein und verliert darüber schnell die Offenheit gegenüber allem Fremden. Für Christine Hannemann gehört deshalb zu einem idealen Wohnhaus "ein gelungenes Durcheinanderwohnen von Menschen mit unterschiedlichen Lebenskonzepten. Im Erdgeschoss, das für die Urbanität so wichtig ist, findet sich eine urbane Produktionsstätte als Schaufenster ins Quartier." Für Kinder und andere Menschen werde auf diese Weise sichtbar, dass Erwerbsarbeit auch heißen kann, dass etwas hergestellt, repariert, gepflegt oder recycelt wird. Ein über allem thronendes Penthouse könnte den Rest mitfinanzieren. Und: "Neuzugewanderte und Ortsansässige" kommen miteinander in Kontakt wie im Refugio in Berlin-Neukölln, einem Pro-

jekt der Berliner Stadtmission, das Christine Hannemann in ihrem Buch vorstellt. Einst ein Seniorenheim, leben in dem fünfstöckigen Gründerzeitgebäude mit dreißig Zimmern in unterschiedlicher Größe heute zur Hälfte Menschen, deren neue Heimat Deutschland ist. Die Warmmiete beträgt zwischen 350 und 400 Euro. Im Erdgeschoss befindet sich ein Café, dessen Eingang, sichtbar und einladend für jeden, in roter Farbe leuchtet. Auf jeder Etage gibt es eine Gemeinschaftsküche, im Pavillon werden Versammlungen abgehalten und Feste gefeiert. Das Refugio ist gewissermaßen der integrative Gegenentwurf zur Schöner-Wohnen-Abschottungswelt. Man kann einander immer begegnen, aber man muss es nicht.

MELANIE MÜHL

Abbildung: Wohnräume wie dieser haben zwar nichts mit der Realität des Durchschnittsbürgers zu tun, werden aber in Magazinen gern inszeniert.
Abbildung: Foto Florian Holzherr
Wörter: 1046



Autor: Kai Schöneberg [ksc]
Seite: 3
Ressort: Schwerpunkt
Seitentitel: das thema
Mediengattung: Tageszeitung
Weblink: <http://www.taz.de/!5729178/>

Jahrgang: 42
Nummer: 12407
Auflage: 44.967 (gedruckt) ¹ 49.170 (verkauft) ¹
 49.861 (verbreitet) ¹
Reichweite: 0,321 (in Mio.) ²

¹ IVW 3/2020

² AGMA ma 2020 Tageszeitungen

850 Kilometer mehr Asphalt

Der Bundesverkehrswegeplan ist umstritten: Er vernichte Umwelt, Natur und Klima, kritisieren Experten

Von **Kai Schöneberg**

83 Millionen Menschen, 39.000 Kilometer Fernstraßen: Aus Deutschland könne „man kein bundesweites Bullebü zaubern“, stellte unlängst die deutsche Bauindustrielobby fest – und forderte nicht nur den weiteren „Neubau von Autobahnen, sondern auch deren Erweiterung zum Beispiel von zwei auf drei Spuren“. Für andere – wie die AktivistInnen im Dannenröder Wald – sind Trassen wie die A 49 in Hessen Grund, sich aus Protest wochenlang in eiskalten Baumhäusern einzuquartieren. Letztlich beschlossen wurde die A 49 vor vier Jahren durch den Bundesverkehrswegeplan. Er bestimmt, welche Straßen, Gleise und Wasserwege der Bund die nächsten 10 bis 15 Jahre erhalten oder ausbauen soll. Die Hälfte der dafür veranschlagten 270 Milliarden Euro fließen in Asphalt, 42 Prozent in Bahn-, 9 Prozent in Wasserstraßen. Dass der Plan 1.281 Fernstraßenprojekte mit 850 Kilometer zusätzlichen Autobahnkilometern versieht, hielten Verbände wie BUND, Nabu, Germanwatch und andere Umweltverbände schon damals für „Irrsinn“: 170 Natura-2000, also besondere Schutzgebiete würden „durch den Straßenbau erheblich beeinträchtigt, 250 noch unzerschnittene Großräume und

bundesweite Achsen zerstört“. Der Plan ist für seine Gegner veraltet wie Dampflokomotiven. Bei der ursprünglichen Projektierung vieler Strecken habe „sich kein Mensch um Klimaschutz gekümmert“, sagt BUND-Verkehrsexperte Jens Hilgenberg. „Damals ging es ausschließlich um die Fahrzeit von A nach B“, so Hilgenberg. Dabei müssten für die Planung von Infrastruktur Umweltbelange, Natur- und Klimaschutz mit einkalkuliert werden. Der BUND hat eine Liste mit den schädlichsten Projekten des Bundesverkehrswegeplans erstellt, das „dusselige Dutzend“. Mit dabei: Die 42 Kilometer lange A 49. Fazit damals: „Überregional nicht notwendig – dafür mehr Verkehr.“ Die bestehende Bundesstraße B 3 solle stattdessen besser angebunden, mit Lärmschutzwänden und Ortsumgehungen ausgebaut werden. Ähnlich umstritten auch heute noch: Der Ausbau der Bundesstraße B 10 in Rheinland-Pfalz, die ein Biosphärenreservat durchschneidet. Stattdessen, so der BUND, solle besser eine bestehende Bahnstrecke auf 2 Gleise erweitert und elektrifiziert, die Bundesstraße solle für schwere Lastwagen gesperrt werden. Ähnliches habe bereits 2006 die Landesregierung in

Hessen bei der B 254 durchgesetzt, sagt Hilgenberg. „Wenn das Schwarz-Gelb schafft, können das andere auch“. Für besonders unrentabel hält der BUND die A 39 zwischen Lüneburg und Wolfsburg und die A 14, die Magdeburg mit Ludwigslust verbinden soll. Letztere beeinträchtigt 14 Natur- und Vogelschutzgebiete und sei „völlig überdimensioniert“, urteilte der Verband. Die A 39 (Kostenpunkt damals 1,1 Milliarden Euro) habe ein „schlechtes Nutzen-Kosten-Verhältnis“ und „kaum Entlastungswirkungen“. Teurer als gedacht werden die Projekte ohnehin: Erst im November wurde bekannt, dass sich die A 20 von Westerstede bis zur Elbe um 357,5 Millionen, die A 39 um 135 Millionen Euro verteuern dürfte. „Wenn ich für die Grünen den Koalitionsvertrag schreiben dürfte, käme da sofort ein Moratorium für den Bau von Autobahnen hinein“, sagt der Berliner Verkehrsforscher **Andreas Knie** mit Hinblick auf eine mögliche Liaison zwischen Ökopartei und Union nach der Bundestagswahl 2021. Ähnliches fordern die Grünen gerade. Ohnehin wird Ende 2021 der Bundesverkehrswegeplan turnusmäßig überprüft.

autobahn statt wald

Wörter: 467
Urheberinformation: TAZ Verlags- und Vertriebs GmbH
Ort: Deutschland

Seite: 20
Ressort: Wirtschaft
Seitentitel: Wirtschaft
Ausgabe: Hauptausgabe

Mediengattung: Tageszeitung
Nummer: 283
Auflage: 203.585 (gedruckt)¹ 199.899 (verkauft)¹
 208.438 (verbreitet)¹
Reichweite: 0,963 (in Mio.)²

¹ IVW 3/2020² AGMA ma 2020 Tageszeitungen

Frauen kümmern sich mehr

Corona-Krise fördert klassische Rollenverteilung

ju. FRANKFURT. Haushalt, Kinderbetreuung, Homeschooling, Essenszubereitung: diese Aufgaben fallen in der Corona-Krise vorwiegend Frauen zu. Das ist der Ergebnis einer am Donnerstag veröffentlichten Studie im Auftrag der Bertelsmann Stiftung, für die das Marktforschungsunternehmen Ipsos rund 1000 Personen befragt hat.

Die Umfrageergebnisse zeigten, dass sich Frauen und Männer bei der Bewältigung der zusätzlichen häuslichen Aufgaben, die mit den Einschränkungen des öffentlichen und beruflichen Lebens einhergehen, häufig in traditionellen Rollen wiederfinden, schreibt die Bertelsmann Stiftung. So gaben 69 Prozent der befragten Frauen an, dass sie die generelle Hausarbeit erledigen. In der Gruppe der Männer sagten dies 11 Prozent von sich. Ein ähnliches Bild zeigt sich bei Kinderbetreuung und Homeschooling: Während nach Angaben der Frauen 51 Prozent von ihnen diese Aufgaben übernehmen, sind es bei den Männern 15 Prozent.

Wie die Hausarbeit und die damit einhergehende Arbeitsbelastung verteilt sind, wird von Männern und Frauen gleichwohl ganz unterschiedlich wahrgenommen. Zwei Drittel der befragten Männer empfinden die Aufteilung der Aufgaben als gerecht. Bei den Frauen ist es hingegen weniger als jede Zweite. Außerdem fällt es 43 Prozent der

befragten Frauen schwerer, Familie und Beruf zu vereinbaren als in normalen Zeiten. 49 Prozent fühlen sich durch die Situation an ihre körperliche, psychische und emotionale Grenze gebracht. Dass Frauen in der Pandemie häufiger zu Hause bleiben, um den Haushalt zu schmeißen und die Kinder zu betreuen, zeigt auch eine am Donnerstag vorgestellte Auswertung von Flugbuchungen des Zahlungsdienstleisters AirPlus International. Demnach sind deutlich weniger Frauen geschäftlich unterwegs als vor der Krise. Waren im Januar noch 18,6 Prozent aller Geschäftsreisenden in Deutschland Frauen, sank ihr Anteil im Oktober auf 12,1 Prozent.

Neu ist die ungleiche Aufteilung der Aufgaben für die Frauen nicht. Laut Bertelsmann Stiftung gab die Hälfte der befragten Frauen an, dass die Haus- und Familienarbeit auch schon vor dem Ausbruch der Corona-Pandemie ungleichmäßig zwischen ihr und dem Partner aufgeteilt gewesen seien. "Insofern hat die Corona-Pandemie weniger einen Rückfall in traditionelle Rollen verursacht, sondern scheint vielmehr ans Licht zu bringen, dass die traditionelle Rollenverteilung zwischen Männern und Frauen in Deutschland bisher so gut wie gar nicht aufgebrochen war", heißt es in der Studie. Aufgaben, die als traditionell weiblich gälten und in normalen Zeiten von Kitas, Dienstleistern oder

Großeltern übernommen würden, fielen in Krisen "scheinbar selbstverständlich wieder den Frauen zu".

Eine solche Entwicklung hatte Jutta Allmendinger, Präsidentin des Berliner Wissenschaftszentrums für Sozialforschung (WZB) schon im Mai prognostiziert, als sie von einer Rollenverteilung sprach, "die jener in der Generation unserer Eltern und Großeltern entspricht".

Seither hat sich aber auch gezeigt, dass nicht alles schwarzweiß ist. Etwa hat das Sozio-oekonomische Panel am Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung ergeben, dass sich Männer und Frauen im Durchschnitt die zusätzliche Betreuungsarbeit in der Krise teilen. Zwar haben mehr Mütter als Väter ihre Arbeitszeit in der Krise zurückgefahren, wie eine Studie des Instituts für Demoskopie Allensbach gezeigt. Doch aus einer weiteren Untersuchung des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) der Bundesagentur für Arbeit geht hervor, dass Väter ihre Arbeitszeit im Verhältnis stärker verkürzt haben. Wenngleich Frauen noch immer den Großteil der Haus- und Betreuungsarbeit übernehmen, die krisenbedingte Mehrarbeit schultern sie nicht allein.

Wörter: 508

Autor: Anne-Beatrice Clasmann Und Christina Peter**Seite:** 23**Ressort:** MEINUNG_HINTERGRUND¹ IVW 3/2020² AGMA ma 2020 Tageszeitungen**Mediengattung:** Tageszeitung**Auflage:** 8.463 (gedruckt) ¹ 8.451 (verkauft) ¹
8.610 (verbreitet) ¹**Reichweite:** 0,010 (in Mio.) ²

Gespaltene Nationalkonservative

Analyse Wie AfD, Lega und Front National mit der Corona-Krise umgehen

Anne-Beatrice Clasmann Und Christina Peter

Krisen schienen den europäischen Nationalkonservativen und Rechtspopulisten zuletzt eigentlich stets gelegen zu kommen. Vor allem die Migrationskrise nutzten AfD, FPÖ, Lega und Co. für ihren Protest. Die Corona-Pandemie aber macht es den Gaulands, Salvinis, Kickls und Wilders nicht so leicht, mit ihren Positionen Gehör zu finden. Corona kleinreden oder gar leugnen? Oder doch auf den energischen Schutz der heimischen Bevölkerung pochen? Diese Fragen haben diese Parteien durchaus unterschiedlich beantwortet.

In den Spitzengremien der AfD war man sich zunächst nicht einig, wie man mit der Pandemie umgehen sollte. Einige nahmen die Bedrohung durch das Virus gleich ernst, während andere die Pandemie mit einer normalen Grippe verglichen. Inzwischen hat sich die Partei klar mit denjenigen solidarisiert, die auf der Straße gegen die staatlichen Maßnahmen demonstrieren. Das mag einige ihrer früheren Anhänger vor den Kopf gestoßen haben. Dafür kamen aber womöglich neue Unterstützer aus den Reihen der Corona-Skeptiker hinzu.

Matteo Salvini von der italienischen Lega setzte kurz dazu an, Sars-CoV-2 zu verharmlosen – doch das verfiel in dem Mittelmeerland, das schon von der ersten Corona-Welle heftig getroffen wurde, nicht. Ohne Macher-Rolle für Salvini stürzten die Umfragewerte der Lega ab, beeinflusst auch von anderen Problemen, etwa einer erstarkenden

Konkurrenz am rechten Rand des politischen Spektrums. Giorgia Meloni mit ihren ultrarechten Fratelli d'Italia schäumt vor Wut, wenn sie vergessene Hilfszahlungen an die armen Leute anmahnt und fordert, in der Krise nur „italienisch“ einzukaufen. Salvini liegt in der Regel bei Sympathiewerten hinter ihr.

Auch die FPÖ in Österreich, nach den Skandalen rund um Ex-Parteichef Heinz-Christian Strache und dem Rauswurf aus der Regierung schon geschwächt, liebäugelte mit der Skeptiker-Szene. Am Ende des ersten österreichischen Lockdowns Ende April rief die FPÖ eine „Allianz gegen den Corona-Wahnsinn“ aus: Die Petition sollte Bürger vereinen, die sich die von der Regierung verordneten Maßnahmen nicht mehr länger gefallen lassen wollten – und erhielt nach Angaben der Partei Zehntausende Unterschriften binnen weniger Wochen. Die Umfragewerte gingen leicht nach oben.

Deutlich zurückhaltender gingen Marine Le Pen in Frankreich und Geert Wilders in den Niederlanden vor. Wilders und seine „Partij voor de Vrijheid“ (PVV) kritisierten zunächst den von der Regierung verhängten Lockdown im Frühjahr als „zu wenig und zu spät“. Ganz ähnlich Le Pen: Auch sie kritisiert die Regierung für zu wenig Aktion im Kampf gegen das Coronavirus – etwa mit Blick auf Masken oder Tests, schlechte Kommunikation und die Vor-

bereitung auf die zweite Welle. In den Umfragen ernten Le Pen und ihre Partei Rassemblement National die Früchte für diese Herangehensweise.

Der Politikwissenschaftler **Michael Zürn** hält es für möglich, dass AfD und Co. auch in den kommenden Monaten von der Corona-Krise profitieren könnten. „Die Frage ist, was die Effekte letztlich sein werden. Wenn etwa Ungleichheit und eine rigide Sparpolitik die ökonomische Transformation weiter beschleunigen werden, könnte das auch die Bedeutung von autoritär-populistischen Parteien steigern“, sagte er.

Ganz ähnlich argumentiert der Politologe Kurt Richard Luther. „Die wirtschaftlichen Folgen der Corona-Krise werden europaweit die Nachfrage nach populistischen Lösungen wachsen lassen. Die FPÖ dürfte davon profitieren – vor allem durch jene Wähler, die unter den wirtschaftlichen Folgen leiden“, sagte der Österreich-Experte an einer englischen Universität im September der „Wiener Zeitung“. Erst stiegen in Krisen demnach die Beliebtheitswerte der Regierungsparteien – was nicht zuletzt auch in Deutschland und Österreich zu beobachten war –, doch dann konnte sich das Blatt wenden.

Hinzu kommt, dass auch die Themen Migration und Integration in Europa immer wieder für Diskussionen sorgen. Die große Asylkrise ist unvergessen und das Thema in ganz Europa virulent.

Wörter:

582

Autor: Kessler, Martin
Seite: 2
Ausgabe: Hauptausgabe
Mediengattung: Tageszeitung

Jahrgang: 2020
Auflage: 74.351 (gedruckt)¹ 75.103 (verkauft)¹
 77.089 (verbreitet)¹
Reichweite: 0,245 (in Mio.)²

¹ IVW 3/2020

² AGMA ma 2020 Tageszeitungen

Der neue Glaube an die Wissenschaft

Analyse Bürgerproteste gegen Atomkraftwerke haben einst Erkenntnisse der Kernphysik infrage gestellt. Jetzt versammeln sich die Klimaschützer und Gesundheitspolitiker hinter der Forschung, um Zweifler zu isolieren.

Von Martin Kessler

Der jüngste Bericht der Weltwetterorganisation ist eindeutig. Auch das Jahr 2020 dürfte zu den drei wärmsten seit der systematischen Aufzeichnung von Klimadaten zählen. Von Januar bis Oktober lagen die von Meteorologen ermittelten Wärmemaße zwischen 1,11 und 1,23 Grad über dem Schnitt der Jahre von 1850 bis 1900. Und am Nordpol übertrafen die Temperaturen sogar ihren langjährigen Schnitt zwischen 1981 und 2010 um fünf Grad.

Ein klarer wissenschaftlicher Befund und Futter für die weltweite Klimabewegung, die zuletzt durch die populistischen Präsidenten Donald Trump (USA) und Jair Bolsonaro (Brasilien) in die Defensive geraten war. Immerhin haben klimabewegte junge Leute von San Francisco bis Sydney in ihrem Kampf einen starken Verbündeten: die vorherrschende Meinung der Klimawissenschaft, aber auch anderer Bereiche der globalen Forschung. Vor allem die im UN-Weltklimarat IPCC zusammengeschlossenen Experten werden nicht müde, auf die drastischen Folgen der Erderwärmung hinzuweisen, wenn die Weltgemeinschaft den Ausstoß des Klimakillers Kohlendioxid nicht ausreichend reduzieren kann.

Für die jungen Menschen, die sich bis zum Ausbruch der Corona-Pandemie in kreativen Schulstreikaktionen für mehr Klimaschutz starkmachten, sind die Wissenschaftler des IPCC, in Deutschland vor allem durch das Potsdam-Institut für Klimafolgenforschung vertreten, fast so etwas wie Helden. „Vereinigt euch hinter der Wissenschaft“, rief die Ikone der Klimaschutzbewegung, die schwedische Schülerin Greta Thunberg, aus. Ihr und ihren Mitstreitern ging es vor allem darum, mit wissenschaftlichen Erkenntnissen die Politik unter

Druck zu setzen. „Man kann nicht mit der Physik um Abkommen feilschen“, brachte die Stockholmer Aktivistin ihren Ansatz auf den Punkt.

So viel Wissenschaftsgläubigkeit ruff auch Kritik hervor. „So wichtig und ernst die Absicht ist und auch so völlig legitim, so bedenklich kann man finden, dass auf diese Weise ganze Komplexe von Wertentscheidungen invisibilisiert werden“, also unsichtbar gemacht werden, moniert Peter Strohschneider, der langjährige Präsident von Wissenschaftsrat und Deutscher Forschungsgemeinschaft in seinem kürzlich erschienenen Buch „Zumutungen“. Dort unterzieht er das Wissenschaftsverständnis der Klimabewegung, aber auch der Corona-Gesundheitspolitik einer kritischen Prüfung. Sein Befund: Wissenschaft wird als abgeschlossene Ordnung unbestreitbarer Fakten aufgefasst, denen „so allgemein wie unmittelbar normative Verbindlichkeit zukommen soll“. Im Klartext: Was die Wissenschaft als bedenklich ansieht, müssen die Politiker unmittelbar umsetzen.

Es geht Strohschneider nicht darum, die Erkenntnisse der Klimaforscher als absurd darzustellen oder sie grundsätzlich in Zweifel zu ziehen. Er kritisiert den Automatismus und die Vorstellung, dass Politiker nur noch Erfüllungsgehilfen allwissender Forscher sein dürfen. Dem widerspricht die grundlegende Annahme der Wissenschaftstheorie, dass alle Erkenntnis nur vorläufig ist. Die Forschung verläuft in einem ganz ähnlichen Prozess wie die Demokratie, in dem im Wettstreit der Ideen, Studien und Ergebnisse und der gegenseitigen Kritik das Wissen erweitert wird.

Die Hinwendung zum vermeintlich festen Fundament der Wissenschaft ist zudem einigermaßen neu in Bewegungen der kosmopolitisch-liberalen Lin-

ken. Die Bürgerinitiativen, die in den 70er- und 80er- Jahren gegen Atomkraftwerke, Gentechnik und bisweilen auch Computertechnologie zu Felde zogen, versuchten gerade, die Gewissheiten der Forscher auf diesem Gebiet zu erschüttern. Sie kritisierten die Null-Fehler-Technologie und die Beherrschbarkeit radioaktiver Abfälle als Anmaßung und Arroganz der Wissenschaft. Der Satz „Die Atomenergie ist beherrschbar und ungefährlich“ hat eine ganze Generation von Naturwissenschaftlern geprägt, bevor er – zumindest in Deutschland – komplett demontiert wurde. Inzwischen wollen selbst Konservative und Liberale von der einstigen Wundertechnologie, die alle Energieprobleme löst, nichts mehr wissen.

Das mag bei Klimafragen anders sein. Nach der großen Mehrzahl der bisherigen Erkenntnisse stellt die Erderwärmung tatsächlich eine ernste und gut begründete Bedrohung der menschlichen Zivilisation dar. Aber damit umzugehen, ist dem demokratischen Prozess oder der internationalen Diplomatie vorbehalten. Letztlich müssen die gewählten Vertreter der Bevölkerung zwischen den Folgen des Klimawandels und den ökonomischen und sozialen Kosten abwägen.

Ganz ähnlich ist die Rolle der Wissenschaft in der Corona-Pandemie. Wichtige Forscher wie der Virologe Christian Drosten oder der Physiker und Epidemiologe Michael Meyer-Hermann haben derzeit großen Einfluss auf die Politik. Der bayerische Ministerpräsident Markus Söder (CSU) spricht gar vom „Primat der Medizin“. Hier dankt die Politik ab, die nach einhelligen Bekundungen der gewählten Mandatsträger weiterhin das Heft in der Hand behalten will. Übrigens wünschen das auch viele Wissenschaftler, die ihre

Rolle schon als viel zu stark empfinden und darauf verweisen, dass sie nur für ihr enges Fach sprechen könnten. In Zeiten großer Krisen, so der Berliner Politikwissenschaftler **Wolfgang Merkel** in einem „FAZ“-Beitrag, gibt es eine Sehnsucht nach der Wissenschaft „als neuem Philosophenkönig, der sittlich wie kognitiv auf der Höhe der Probleme am besten durchregiert“. Dem setzt er „die Schleuse des Parlaments“ entgegen, dem allein die Bürger Folge leisten müssten, weil sie ihm ihren politischen Willen übertragen haben. Das Buch Peter Strohschneider: Zumutungen. Wissenschaft in Zeiten von Populismus, Moralisierung und Szientokratie. Kursbuch-Edition, 288 S., 22 Euro.

Die deutsche und globale Wissen-

schaftslandschaft

Forschung in Deutschland In der Bundesrepublik arbeiten etwa 700.000 Forscherinnen und Forscher. Sie verfügen über ein Budget von 105 Milliarden Euro (2018). Das sind 3,1 Prozent des Bruttoinlandsprodukts. Deutschland hat zehn Einzeluniversitäten und einen Universitätsverbund als Exzellenzhochschulen ausgewiesen. Die wichtigsten Städte der Wissenschaft sind Berlin, München und Köln.

International Deutschland wurde 2019 in einem weltweiten Ranking des Finanzinformationsdienstes Bloomberg als innovativstes Land der Erde gekürt, vor Ländern wie Südkorea, Singapur, der Schweiz, Schweden und Israel. Die besten Forscher weltweit

kommen nach dem Zitate-Index von Clarivate aus den USA, China, Großbritannien, Australien und Deutschland. In Europa spielen auch Frankreich, die Niederlande und die Schweiz eine wichtige Rolle.

Wissenschaft und Protest Die junge Klimabewegung „Fridays for Future“ der schwedischen Schülerin Greta Thunberg ist derzeit die bekannteste Umweltbewegung weltweit. Sie strebt ein enges Bündnis mit gleichgesinnten Wissenschaftlern an. In den Märschen für die Wissenschaft – etwa 2017 – trafen sich auch Forscher und besorgte Bürger, um gegen die Leugnung wissenschaftlicher Studien zu demonstrieren.

Wörter:

750

Autor: Christine Haas/ Karsten Seibel
Seite: Online 03.12.2020 22:53 Uhr
Ressort: Wirtschaft

Mediengattung: Online News
Visits (VpD): 5,57 (in Mio.)¹
Unique Users (UUpD): 0,718 (in Mio.)²

Rubrik: Wirtschaft

Weblink: <https://www.welt.de/wirtschaft/article221297200/GroKo-Bilanz-Aera-Merkel-endet-in-sozialdemokratischer-Dominanz.html>

¹ von PMG gewichtet 10-2020

² gerundet agof ddf Ø-Tag 2020-10 vom 16.11.2020, Gesamtbevölkerung 16+

GroKo-Bilanz

Ära Merkel endet in sozialdemokratischer Dominanz

Vor dem Wahljahr 2021 ist der Kampf gegen Corona das einzige Großprojekt, auf das sich die Regierung einigen kann. Eine Untersuchung zeigt, was alles liegen geblieben ist - und dass vor allem der kleine Partner SPD seine Agenda durchgedrückt hat.

Hat der Vorstand eines Unternehmens mehr als drei Mitglieder, muss künftig mindestens eine Frau dabei sein. Dafür stimmten kürzlich, nach jahrelangem Widerstand, die Bundestagsabgeordneten von CDU und CSU. Mit "überwältigender Mehrheit", wie es danach hieß.

Die beiden hatten das Thema in den vergangenen Monaten vorangetrieben. Damit hat die SPD zum wiederholten Mal in dieser Legislaturperiode einen Sieg davongetragen - zum Leidwesen vieler Unternehmenschefs.

Wie sehr die SPD die Arbeit des vierten Kabinetts von Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) prägt und wie wenig sich die traditionell wirtschaftsfreundliche Union durchsetzt, lässt sich auch in Zahlen zeigen.

56 Versprechen aus dem Wahlprogramm der Sozialdemokraten hat die GroKo bereits eingelöst oder zumindest angepackt, von der CDU sind es nur 25. Immerhin 32 standen in beiden Programmen. Auch wenn die Union in ihrem Wahlprogramm traditionell weniger Vorhaben benennt und damit auch weniger schuldig bleiben kann, ist es angesichts dieser Werte kein Wunder, dass die Gewerkschaften zufriedener mit der Regierungsarbeit sind als die Arbeitgeberseite.

Vor der Wahl wird keiner dem anderen einen Triumph gönnen

Die Zählung der erfüllten Versprechen durch den Demokratiemonitor, ein Gemeinschaftsprojekt der Bertelsmann Stiftung und des **Wissenschaftszentrums Berlin (WZB)**, macht aber auch etwas anderes deutlich: Keine der beiden Seiten hat von dieser Zweckehe

noch sehr viel zu erwarten.

Das eine oder andere bereits angestoßene Vorhaben mag noch umgesetzt werden, doch vor der Bundestagswahl wird keine Partei der Gegenseite noch einen prestigeträchtigen Triumph gönnen. Was die GroKo noch zusammenschweißt - so der Eindruck -, ist die Pandemie.

"Es zeichnet sich jetzt schon ab, dass diese Koalition mehr Dinge liegen lassen wird als die Vorgängerregierung", sagt Studienleiter Robert Vehrkamp von der Bertelsmann Stiftung. Bislang seien noch gut 26 Prozent des Koalitionsvertrags unbearbeitet.

Im Jahr 2017, am Ende des dritten Kabinetts von Bundeskanzlerin Merkel, auch damals war die SPD der Partner, lag der Wert bei 19 Prozent. Gezählt wurden auch solche Versprechen, die nicht schon in einem der Wahlprogramme standen, sondern auf die sich die Partner erst während der Verhandlungen einigten. Die Ergebnisse liegen WELT AM SONNTAG exklusiv vor.

Immerhin, das heben die Forscher positiv hervor, bringt diese GroKo mehr als ihre Vorgängerin zu Ende, was sie einmal angepackt hat.

Bis Oktober waren 65 Prozent der insgesamt 296 Versprechen (inklusive derer, auf die sich die Parteien erst in den Koalitionsverhandlungen verständigten) vollständig erfüllt, vier Prozent teilweise, weitere vier Prozent hatte die Regierung zumindest angestoßen.

GroKo könnte am Ende 70 Prozent ihrer Versprechen umsetzen

"Das 'Keine Schulden'-Versprechen musste zwar ausgesetzt werden, dafür

wurden aber wichtige Vorhaben wie die Grundrente umgesetzt", sagt **Theres Mattheiß**, Leiterin des Recharteteams beim WZB.

Bis zur Bundestagswahl erwarten die Forscher, dass die Quote der erfüllten Versprechen noch leicht auf 70 Prozent steigen wird. "Das wäre ein sehr guter Wert", so Vehrkamp. Die GroKo der Jahre 2013 bis 2017 hatte 64 Prozent der Versprechen eingelöst.

Unter dem Strich wird am Ende wohl ein Übergewicht eher linker Themen als erledigt abgehakt sein. Das erklärt den positiven Blick des Deutschen Gewerkschaftsbunds (DGB) auf die Politik seit März 2018. Er bescheinigt der GroKo "eine durchaus ordentliche Bilanz".

Neben der Grundrente hebt der DGB zum Beispiel hervor, dass die Arbeitgeber wieder den gleichen Beitrag zur gesetzlichen Krankenversicherung zahlen wie Arbeitnehmer.

Ähnlich positiv ist das Urteil hinsichtlich der Corona-Krisenpolitik: Verbesserungen beim Kurzarbeitergeld, der Rettungsschirm Ausbildung und Verschärfungen beim Arbeitsschutz seien "wichtige Eckpfeiler der Pandemiebekämpfung" gewesen, die Hunderttausende Beschäftigte vor dem Sturz ins Bodenlose bewahrt hätten.

Allerdings droht ein SPD-Herzensprojekt, über das die Parteien lange gestritten haben, auf der Strecke zu bleiben: die Regulierung der sogenannten sachgrundlosen Befristung. Das Problem: Arbeitnehmer erhalten oft ohne triftige Begründung befristete Arbeitsverträge. Die Sozialdemokraten wollten damit Schluss machen. Das war mit der Union

nicht zu machen.

"Die vierte Merkel-Regierung hat viel reagiert, wenig agiert"

Im Koalitionsvertrag einigten sich die Parteien dann darauf, dass eine solche Art von Befristung strengeren Regeln unterliegen soll. Der DGB dringt darauf, diesen Plan noch umzusetzen. Insgesamt liest sich das Fazit aber so: viel Lob, wenn es auch noch Luft nach oben gibt.

Ganz anders sieht man es auf Unternehmerseite. Von Erfolgen will Reinhold von Eben-Worlée, Präsident des Verbands der Familienunternehmer, nicht sprechen.

Stattdessen hagelt es Grundsatzkritik. "Seit der letzten Bundestagswahl steht unser Land nicht besser da", sagt er. "Die vierte Merkel-Regierung hat viel reagiert, wenig agiert, gerade in Sachen Wirtschaftspolitik."

Er vermisst eine Steuerreform, eine generationengerechte Reform der sozialen Sicherungssysteme und eine marktwirtschaftliche Reform der Energiepolitik. Rettungspolitik allein sei noch lange

keine Wirtschaftspolitik, schimpft er.

Groß ist die Enttäuschung über Bundeswirtschaftsminister Peter Altmaier (CDU). Der hatte mit dem Entwurf seiner "Nationalen Industriestrategie" für Verärgerung gesorgt, weil er den Großkonzernen Unterstützung versprach - den Mittelstand aber aus den Augen verlor.

"Dieser planwirtschaftliche und protektionistische Irrweg des Bundeswirtschaftsministers hätte die Wettbewerbsfähigkeit Deutschlands nachhaltig geschädigt", sagt von Eben-Worlée noch heute.

Zunehmend macht sich Koalitions-müdigkeit breit

Verlassen ist das nicht, auch wenn der Minister seine Pläne überarbeitet hat. Die CDU habe zu Beginn der Legislaturperiode versucht, die Zugeständnisse an die SPD im Koalitionsvertrag durch einen CDU-Mann an der Spitze des Ministeriums zu kompensieren.

Der Plan sei nicht aufgegangen. Positiv überrascht habe nur ein Altmaier-Vorstoß: mit GAIA-X eine europäische

Cloud zu starten, um europäische Datensouveränität zu erlangen.

Immerhin - aus Sicht der Unternehmer - bremsen Kanzlerin Merkel mit Verweis auf die Wirtschaftskrise gerade die Gesetzesvorhaben für Lieferketten und für Arbeit im Homeoffice. Hierzu müssten Gespräche geführt werden, damit es gelinge, "Lösungen zu finden, die der Wettbewerbsfähigkeit der Wirtschaft nicht schaden", sagte sie diese Woche. Verhindern, nicht gestalten. Schon länger gibt es eine Koalitions-müdigkeit, wie der Demokratiemonitor zeigt. Seit der letzten Zählung im September 2019 packte die GroKo kaum noch neue Vorhaben an.

Versprechen wie das eines dichten Ladesäulennetzes für E-Autos werden im Pflichtenheft der nächsten Regierung erneut stehen müssen.

Dieser Text ist aus der WELT AM SONNTAG. Wir liefern sie Ihnen gerne regelmäßig nach Hause.

Abbildung:

März 2018: Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU), der CSU-Vorsitzende Horst Seehofer (r.) und Vizekanzler Olaf Scholz (SPD) halten den Koalitionsvertrag in den Händen

Wörter:

1014

Urheberinformation:

(c) Axel Springer SE